

Solidarität+



Lehrlinge: Überbetriebliche Lehrwerkstätten oft einzige Chance für Jugendliche **Seite 3**



Krise in Irland: Auflagen zu streng – SchuldnerInnen flüchten nach Großbritannien **Seite 11**



„Zeit, mit Klischees aufzuräumen“ **Seite 5**



www.oegb.at



OGB ONLINE

ÖGB
in Facebook
vertreten

Auf dem offiziellen Profil des Gewerkschaftsbundes sind unter anderem aktuelle Informationen und Buchtipps verfügbar. Reagiert wird auf tagesaktuelle, gewerkschaftsbezogene Themen. Auf www.facebook.at/oegb.at den „Gefällt mir“-Button anklicken, dann erscheinen ÖGB-Updates automatisch im eigenen Facebook-Newsfeed.

editorial



NANI KAUER

Damit's funktioniert

Ärmelschoner, Knackwurst, Pragmatisierung, ... viele Klischees über „die Beamten“ sind im Umlauf, und kaum eine Gruppe wird so pauschal verunglimpft, wie die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wir haben Menschen in Ämtern, Wartezeiten und Gebühren im Kopf, wenn wir an Beamten denken. Die wenigsten denken daran, dass ohne die Mitarbeiterinnen im öffentlichen Dienst und in ausgelagerten Betrieben das Land nicht funktionieren würde – von der Kinderbetreuung über Bildung, Verkehr, Gesundheit bis zur Lebensmittelsicherheit. Gerade in Krisenzeiten sind die öffentlich Bediensteten immer wieder Zielscheibe von Sparideen und Neid Diskussionen. Nur: Ihnen Gehälter zu kürzen oder angebliche Privilegien zu streichen macht keinen einzigen Job in der Privatwirtschaft sicherer, und es schadet der Wirtschaft insgesamt, die Kaufkraft zu schwächen. Natürlich gilt auch im öffentlichen Dienst, dass man oft überprüfen muss, ob etwas noch zeitgemäß ist, ob man effizienter arbeiten kann oder neue Leistungen anbieten sollte. Es muss aber außer Frage stehen, dass ein funktionierender Sozialstaat motivierte, engagierte und gut bezahlte MitarbeiterInnen braucht.



Kampagnenstart in ganz Österreich.



© Martina Komrad

„Sozialstaat fairbessern“: Aktionstag österreichweit

Einer für alle

Ein starker Sozialstaat macht die Menschen und die Wirtschaft stark.

Palette. Eintrittskarten, Schokolade, Postkarten, Bodenzeitungen, Umfragen, ein Flashmob – die Palette des ÖGB war sehr breit gefächert, als am 12. April in vielen Städten in ganz Österreich der öffentliche Auftakt zur Kampagne „Sozialstaat fairbessern“ erfolgte.

In Erinnerung rufen

Ist der Sozialstaat veraltet, zu teuer, nur für die Armen? Diese und weitere Fragen waren Thema beim Aktionstag, der von Eisenstadt bis Bregenz stattfand. Sozialstaat heißt für die meisten Versorgung von Armen, Kranken und Alten. Der ÖGB sieht das breiter, es geht auch um Bildung, sauberes Wasser, Müllentsorgung und vieles mehr. „Wir erinnern mit



unserer Kampagne an die konkreten Leistungen des Sozialstaats für jede/n Einzelne/n, aber auch seine Vorteile für die Wirtschaft und seine positive Rolle als Instrument gegen die Krise“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar zum öffentlichen Kampagnenauftritt.

Es muss fair zugehen

Europas Sozialstaaten stehen unter Druck, auch in Öster-

reich wird er immer wieder schlechtgeredet: unfinanzierbar, ein Kostentreiber, ein Paradies für SozialscharotzerInnen, heißt es.

Dem setzt der ÖGB die Kampagne entgegen und verlangt eine gerechtere Finanzierung. Foglar: „Auch Vermögende müssen endlich faire Beiträge leisten, ich erinnere an die reichsten zehn Prozent in Österreich, die 800 Milliarden Euro Immobilien- und Finanzvermögen haben. Wenn sie einen größeren Beitrag zum Steuertopf leisten, ist der Sozialstaat schon ein gutes Stück sicherer und fairer finanziert.“

Weitere Informationen, Positionen, ein aktueller Spot und mehr zur Kampagne:

Forderungen

- Vermögensbesteuerung auf EU-Niveau anheben
- Einführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer
- Umsetzung der Finanztransaktionssteuer in Europa
- steuerliche Schieflage zulasten der ArbeitnehmerInnen beseitigen
- strenge und effektive Aufsicht über den Finanzsektor
- Wertpapierkauf darf nicht als Investition steuerlich begünstigt werden
- höhere Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld
- keine Anrechnung des PartnerInnen-Einkommens bei der Notstandshilfe

www.oegb.at

www.facebook.com/oegb.at

Service: Sparpaket

Was wird wann wirksam?

Teile des Stabilitätspakets sind schon in Kraft. Die restlichen werden ab Mai bzw. 2013 wirksam.

Bereits in Kraft getreten:

- » Der Gewinn aus Immobiliengeschäften wird mit einem Steuersatz von 25 Prozent belegt (bisher meist steuerfrei).
- » Die Bankenabgabe wird (von 2012 bis 2017 befristet) auf 25 Prozent erhöht. Sie soll jährlich 125 Mio. Euro zusätzlich in die Staatskasse spülen.
- » Die Gruppenbesteuerung, mit ihren Steuervorteilen für international tätige Konzerne, wird eingeschränkt.
- » Die 5,2 Millionen BausparInnen müssen sich mit einer geringeren staatlichen Förderung begnügen. Statt derzeit drei Prozent ihrer Einzahlungen erhalten sie nur mehr 1,5 Prozent Prämie vom Staat. Damit

gibt es künftig zur maximalen jährlichen Einzahlungssumme von 1.200 Euro nur noch 18 statt 36 Euro dazu.

» Halbiert wird auch die Förderung der prämiengünstigen Zukunftsvorsorge: Für Eigenbeiträge, die heuer geleistet werden, sinkt der Zuschuss von 8,5 auf 4,25 Prozent.

» Bezieherinnen und Bezieher von Pensionskassenpensionen müssen sich entscheiden, ob sie die Pauschalbesteuerung in Anspruch nehmen wollen. Der Vorteil wäre: Drei Viertel der später ausbezahlten monatlichen Zusatzpension werden steuerfrei, nur noch ein Viertel müsste wie gehabt mit der ASVG-Pension versteuert wer-

den. Dafür muss man aber einmal 20 oder 25 Prozent vom bisher angesparten Kapital an den Staat abführen.

» Die 25-prozentige Wertpapier-Kursgewinnsteuer (KEST) muss ab 1. April 2012 von den Banken automatisch eingehoben werden.

Ab 2013 wirksam:

- » Befristet bis 2016 kommt ein Solidarbeitrag von SpitzenverdienerInnen ab 185.920 Euro Jahresbrutto.
- » Im Falle von Dienstgeberkündigungen und bei einvernehmlichen Kündigungen müssen die ArbeitgeberInnen in Zukunft eine Abgabe von 110 Euro bezahlen.

» Der Zugang zur Korridor- Frühpension wird erschwert: Derzeit kann man mit 62 in Korridor pension gehen, wenn man zumindest 37,5 Versicherungsjahre erworben hat. Nun werden die erforderlichen Versicherungsjahre schrittweise auf 40 angehoben (ab 2013 jedes Jahr um ein halbes Jahr).

» Die Höchstbeitragsgrundlage in Kranken-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung wird 2013 zusätzlich zur normalen jährlichen Valorisierung um 90 Euro erhöht, die Pensionsbeiträge für Selbstständige werden angehoben.

» Die Steuerrückvergütung für Agrardiesel wird ab dem Jahr 2013 gestrichen.

Impressum:

Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. **Hersteller:** Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21. **Verlagsort:** Wien. **Herstellungsort:** Neudorf. **Chredaktion:** Nani Kauer. **Kaufmännische Leitung:** Christoph Höllriegel. **AutorInnen:** Amela Muratović, Florian Kräfner, Heike Hausensteiner, Christian Resei, Sabrina Kainrad, Martina Fassler, Christian Meidlinger. **Layout/ Grafik/Bildredaktion:** Dietmar Kreuzberger. **Anzeigen:** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at. **Sekretariat:** Sonja Adler, Johanna Kastner. **Lektorat:** Marga Achberger. **Redaktionsadresse:** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, WWW: http://www.oegb.at/soli

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

ZVR-Nr.: 576439352
DVR-Nr.: 0046655

Dieses Produkt wurde mit ADOBE InDesign CS erstellt.

Reportage: Lehrlinge

Sicherer Hafen

Überbetriebliche Lehrlingsausbildung ist oft die einzige Zukunftschance für Jugendliche.



Für Mädchen ist es schwer, eine Lehrstelle als KFZ-Technikerin zu finden. In der ÜBA fühlen sie sich gut integriert.

Ausbildungsverweigerer. „Eine Lehrstelle in einem Betrieb wäre mir schon lieber gewesen, aber leider bekam ich nur Absagen oder gar keine Rückmeldung“, erzählt Khan Shahdath, der in der überbetrieblichen Lehrwerkstätte des bfi zum Metallarbeiter ausgebildet wird. Shahdath befindet sich in seinem zweiten Lehrjahr und ist froh, die Chance einer Berufsausbildung bekommen zu haben. Nichtsdestotrotz zeigt sich der Jugendliche enttäuscht von den Betrieben: „Auch während meiner Pflichtpraktika waren alle zufrieden mit mir, aber kein Betrieb will mich übernehmen.“ Immer wieder jammert die Wirtschaft über mangelnde Fachkräfte am Arbeitsmarkt, andererseits wollen viele Firmen aus Kostengründen keine qualifizierten Kräfte ausbilden. Derzeit bilden nur 20 Prozent von ihnen Lehrlinge aus. „Weil die Unternehmen freiwillig immer weniger ausbilden, hat die Österreichische Gewerkschaftsjugend ein Modell entwickelt, wonach die Unternehmen ein Prozent der Bruttolohnsumme in einen

Topf einzahlen müssen. Daraus sollen dann die Betriebe gefördert werden, die Lehrlinge ausbilden, aber auch die überbetriebliche Lehrausbildung sowie die Weiterqualifizierung von ArbeitnehmerInnen finanziert werden“, sagt Jürgen Michlmayr, Vorsitzender der Gewerkschaftsjugend.

Hilfe auf ganzer Linie

Die überbetriebliche Lehrausbildung (ÜBA) ist für viele Jugendliche zugleich Rettungsanker und einzige Perspektive. Oft haben Jugendliche eine monatelange erfolglose Lehrstellensuche hinter sich. Während der ÜBA erhalten sie eine monatliche Ausbildungshilfe, Unterstützung bei der Lehrstellensuche und Lernunterstützung für die Berufsschule. „Wir versuchen, die Jugendlichen in ein reguläres Lehrverhältnis zu vermitteln, bekommen auch von Unternehmen oft die Rückmeldung, dass die Lehrlinge gut ausgebildet werden und sofort in den Betriebsalltag einsteigen können. Andererseits will auch nicht jeder Lehrling in einen Betrieb wechseln,

weil er sich nach der langen Lehrstellensuche hier einfach sicher fühlt“, erzählt Robert Ropf, stv. Leiter der überbetrieblichen Lehrwerkstätte für Metall- und Elektroberufe.

Ein Vorteil im Vergleich zum Arbeitsmarkt, den die Jugendlichen in der ÜBA auch zu schätzen wissen, ist der Nachhilfeunterricht. „Die Unterstützung ist wirklich hilfreich – vor allem in Mathematik. Wir schaffen es meistens, unsere Noten zu verbessern“, sagen die Jugendlichen. „Wir versuchen, auf jeden individuell einzugehen, dazu ist auch eine große Portion an Motivation seitens der AusbilderInnen notwendig“, so Ropf. FachausbilderInnen und SozialpädagogInnen/Pädagogen bemühen sich, die Lehrlinge in verschiedensten Formen zu unterstützen und ihnen zu zeigen, dass Arbeit auch Freude machen kann.

(Un)typisch für Mädchen

Eine Lehrstelle als Kraftfahrzeugtechnikerin ist für Mädchen schwer zu finden. „Selten werden die Bewerbungen beantwortet, als Grund werden

Khan Shahdath



meistens bauliche Probleme genannt. Während der Praktikumstage in den Betrieben werden wir oft mit Aufgaben, die nicht das Geringste mit dem Lehrberuf zu tun haben, betraut. Manchmal geht das so weit, dass wir das Praktikum beenden müssen“, erzählen die Kraftfahrzeugtechnikerinnen. In der ÜBA fühlen sie sich wohl und freuen sich über spezielle Programme für Mädchen wie den Selbstverteidigungskurs und die Mädchenzeitung – Beistand von Jugendlichen für Jugendliche – setzen sie sich ein.

Amela Muratović

Managergehälter:

Zu viel

Laut AK-Analyse bekommen Manager in Leitunternehmen des Wiener Börsenindex ATX im Schnitt um 20 Prozent mehr als im Vorjahr. „Mit 1,3 Millionen Euro Vorstandsgage verdienen ATX-Manager wieder das 48-fache von durchschnittlichen ArbeitnehmerInnen. Das ist so viel wie im Rekordjahr 2008. Ein ATX-Manager bekommt binnen zwölf Monaten, wofür andere ein Leben lang arbeiten. Das steht in keiner Relation zur Leistung“, kritisiert AK-Präsident Herbert Tumpel. Die AK fordert, die steuerliche Absetzbarkeit von Gehältern bei 500.000 Euro zu beenden und Bonuszahlungen auf max. 30 Prozent des Fixums zu beschränken.



© Waldthaler

Bildung:

Zu wenig

Bildung wird in Österreich nach wie vor vererbt. Das belegt der Bericht „Bildung in Zahlen 2010/11“ der Statistik Austria. Während 40,6 Prozent der 15- bis 34-Jährigen aus einem akademischen Elternhaus einen tertiären Abschluss erreichen, werden nur 4,5 Prozent von jenen, deren Eltern maximal einen Pflichtschulabschluss haben, AkademikerInnen. Der Bericht bestätigt auch, dass sich der Bildungsstand auf das Berufsleben auswirkt und die Gefahr von Arbeitslosigkeit mit höherem Bildungsniveau sinkt: 87 Prozent der unter 45-jährigen AkademikerInnen sind beschäftigt, aber nur 70 Prozent der Personen mit Pflichtschulabschluss. Gerade einmal 3,2 Prozent der HochschulabsolventInnen sind arbeitslos, bei den PflichtschulabgängerInnen sind es jedoch 12,9 Prozent.

Adressänderungen:

Tel. 01/534 44-39100

Montag–Donnerstag 8–16.30 Uhr,
Freitag 8–13 Uhr.

Oder unter: www.oegb.at

I-MOVE.at



Aus einem BMX-Rad wurde ein Chopper gebaut.



ÖGJ zu Besuch in der überbetrieblichen Lehrwerkstätte.

Lohnrunden:**Im Web**

Auf die jährliche Einkommenserhöhung gibt es keinen gesetzlichen Anspruch. Das garantieren nur die Gewerkschaften. Sie verhandeln jedes Jahr hunderte Kollektivverträge: Höhere Einkommen, Zulagen, Arbeitszeitregelungen, Anrechnung von Karenzzeiten, Lehrlingsentschädigungen u. v. m. sind darin geregelt. Im Frühjahr 2012 starteten wieder einige große Branchen in die Lohn- und Gehaltsverhandlungen. Informationen zu den einzelnen Lohnverhandlungen gibt es auf den Internetseiten der Gewerkschaften, zu finden auch über www.oegb.at

Industrie-Branchen:**Im Plus**

Die Elektro-/Elektronikindustrie machte Mitte März den Auftakt und läutete den Frühjahrsreigen für die Kollektivvertrags-Verhandlungen der Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp für insgesamt mehr als 120.000 Beschäftigte in der Industrie ein. Für die rund 50.000 ArbeitnehmerInnen konnte eine Lohnerhöhung um bis zu 4,5 Prozent erzielt werden, auch für die Textilindustrie wurde ein starkes Lohnplus erreicht. Die Verhandlungen für weitere Industriebereiche folgen demnächst.

Bauwirtschaft:**Viel höher**

Für die rund 130.000 ArbeiterInnen in der Bauwirtschaft erhöhen sich die Löhne in der Bauindustrie sowie im Baugewerbe um 4,2 Prozent und in den Baubengewerben um 4,15 Prozent. Zudem wurde die Besteuerung des Urlaubszuschusses verbessert.

Frauen:**Viel besser**

Für FriseurInnen und die Beschäftigten in den SOS-Kinderdörfern sowie Spedition- und Lagerebetrieben gibt es mehr Geld. Auch die kollektivvertraglichen Einkommen der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich steigen um 3,4 Prozent. Im Gesundheits- und Sozialbereich können nun pro Karenz bis zu zwölf Monate angerechnet werden, in der Metallindustrie sogar bis zu 16 Monate.

Bildung: Abschlüsse anerkennen

Ewiger Hürdenlauf

Viel Wissen bleibt ungenutzt, weil die Wege der Bürokratie zu viel Zeit in Anspruch nehmen.

Zeitintensiv. Derzeit sind viele Menschen mit Migrationshintergrund in Berufen beschäftigt, die nicht ihrer Qualifikation entsprechen. Nur jede/r Fünfte mit fertigem Lehrabschluss, jede/r Vierte mit Abschluss einer berufsbildenden Schule und jede/r Dritte mit Matura oder akademischer Bildung lässt sich seine Qualifikation anrechnen.

„Vor einigen Jahren wollte ich meinen Abschluss als Technische Zeichnerin anerkennen lassen. Dass ich einen Hürdenlauf hinter mich bringen muss, wurde mir erst später bewusst“, erzählt Fadila Hidic, gebürtige Bosnierin. Seit 1992 hat sie ihren Lebensmittelpunkt in Wien. Anfangs verdiente sich die alleinerziehende Mutter ihr tägliches Brot in einer Reinigungsfirma. Als sich ihre Deutschkenntnisse verbesserten, wechselte sie rasch ihren Arbeitgeber und nutzte



„Habe einen Hürdenlauf hinter mir.“ Fadila Hidic



Zentrale Anlaufstelle, begrenzte Verfahrensdauer und nicht zu hohe Verfahrens- und Ausbildungskosten notwendig.

jede Chance zum beruflichen Aufstieg.

Zeiten ändern sich

Während Hidic auf der Suche nach einer neuen beruflichen Herausforderung war, besorgte sie alle Unterlagen ihrer Schul- und Berufszeit in ihrem Heimatland, was sehr zeit- und kostenaufwendig war. Danach ließ sie die Zeugnisse in Österreich übersetzen. „Mein Abschluss wurde anerkannt, jedoch hieß es zugleich, die Anforderungen hätten sich geändert, ich müsse noch viele Monate die Schulbank drücken, um hier diesen Beruf ausüben zu können“, sagt sie. Der Hürdenlauf ging weiter: etliche Behördenwege, zahlreiche Gespräche mit Professoren – und zur gleichen Zeit einen neuen Job suchen, um

über die Runden zu kommen, und sich um die Erziehung ihres Sohnes kümmern. „Zu dem Zeitpunkt war der Aufwand und das Risiko, weiter auf geregeltes Einkommen zu verzichten, zu hoch, also gab ich auf“, so Hidic. Diesen Umstand kritisiert auch die AK und fordert eine zentrale Anlaufstelle, eine begrenzte Verfahrensdauer sowie angemessene Verfahrens- und Ausbildungskosten.

Unterentlohnt

Eine AK-Studie belegt, dass 33 Prozent der MigrantInnen und elf Prozent der ÖsterreicherInnen im Beruf weit unterhalb von dem, was sie können, eingesetzt und auch entlohnt werden. Nun soll die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen erleichtert und

vor allem beschleunigt werden. Ende März wurde ein Maßnahmenpaket vorgestellt, wonach auch diese Menschen die Chance bekommen sollen, ihrem Können entsprechend beschäftigt zu werden. „Schon lange besteht dringender Handlungsbedarf und es ist gut, dass endlich Bewegung in die Sache kommt. Die muss für ein Gesamtkonzept genutzt werden, bei dem es nicht nur um Hochschuldiplomatie geht“, sagt AK-Präsident Herbert Tumpel. „Wir können es uns nicht leisten, so viel Wissen ungenutzt zu lassen, und wir wollen auch nicht mehr zusehen, wie Tausende, die etwas können, weit unter ihrem Qualifikationsniveau entlohnt werden. Das ist auch eine Variante des Lohndumpings.“

EU: Lkw-Verkehr

Vormarsch der Gigaliner?

Heftiger Widerstand verhinderte vorerst die grenzüberschreitende Zulassung der Monstertrucks.

Streit. Die Gigaliner entzweien die Gemüter im EU-Raum. Solche Riesen-Lkw mit bis zu 25,25 Metern Länge und einem Maximalgewicht von 60 Tonnen sind bislang nur in einzelnen EU-Staaten zugelassen: in Schweden, Finnland, Dänemark, den Niederlanden und auf Teststrecken in Deutschland. Ihr grenzüberschreitender Einsatz ist verboten. Genau das will die Lkw-Lobby ändern – und sie fand einen Verbündeten in EU-Verkehrskommissar Siim Kallas.

Griff in die Trickkiste

Um die Gigaliner-Gegner unter den Mitgliedsstaaten und EU-Abgeordneten zu umgehen, wollte der Verkehrskommissar die grenzüberschreitende Zulassung



der Riesen-Lkw eigenmächtig erlauben. „Kallas versuchte, in die gültige EU-Richtlinie genau das Gegenteil davon hineinzuinterpretieren, was bislang gegolten hatte. Das war ein klassischer Kniefall vor der Straßenlobby“, berichtet der Verkehrsexperte der Gewerkschaft vda, Heinz Höglberger. Umweltorganisationen und Gewerkschaften leisteten Widerstand. Zusätzlich, watschten' die

EU-Abgeordneten im Verkehrsausschuss den Kommissar für den Versuch, sie zu umgehen, verbal ab. Kallas erklärte daraufhin im März, seinen Plan zu überdenken.

Nicht erledigt

„Wir bleiben wachsam“, sagt der Vorsitzende der Sektion Verkehr in der Gewerkschaft vda, Gottfried Winkler. Denn Gigaliner sind für die Umwelt

schlecht, sie machen teure Straßenumbauten notwendig, gefährden die Verkehrssicherheit, und sie bringen zudem für die ArbeitnehmerInnen nur Negatives. „Durch die Monstertrucks würden Tausende Arbeitsplätze im Gütertransport bei der Bahn verloren gehen“, warnt Winkler. Auch die Lkw-LenkerInnen profitieren durch die Gigaliner nicht. Sie hätten noch mehr Verantwortung und Stress – ohne entsprechend bessere Ausbildung oder höhere Entlohnung.

Webtipps

Das ÖGB-Europabüro lässt in einem Video die BefürworterInnen und die GegnerInnen zu Wort kommen: www.youtube.com/OEGBandAKeuropa



Feuerwehrmänner und -frauen gehen oft an ihre Grenzen, um Menschenleben zu retten.

© Walter Scheiner

Reportage: Für die Menschen im Einsatz

Korrekt, aber nicht faul

Über BeamtInnen wird schnell mit altgedienten Klischees geurteilt. Nur zwei Beispiele, die das Gegenteil beweisen.



Bei jedem Einsatz 100 Prozent gefordert: Täglich wird trainiert und gelernt.

Verantwortung. Fünf- bis sechsmal pro Tag rückt Mario Leyer aus. Der gelernte Informatik-Kaufmann, 32, arbeitet seit 13 Jahren bei der Wiener Berufsfeuerwehr und hat heute Morgen schon einen Hund aus einem brennenden Zimmer gerettet. Keiner der jährlich 35.500 Einsätze der Wiener Berufsfeuerwehr gleicht dem anderen. „Wir lernen täglich dazu und bleiben bis ins höhere Alter sportlich“, weiß Leyer. Rund zehn Nachtdienste muss er monatlich absolvieren: „Doch mir gefällt, dass ich Leuten helfen kann.“ Um die Laufbahn des Berufsfeuerwehrmanns – unter den 1.700 Mitarbeitern sind auch drei Frauen – einschlagen zu können, gilt: eine abgeschlossene Ausbildung, körperliche Top-Fitness. Das Minimum beim Aufnahme-test: 2.000-Meter-Lauf in zehn Minuten, fünf Klimmzüge (60 Prozent fallen durch).

Sechs Jahre lang müssen die Feuerwehr-Athleten zum Leistungstest. Feuerwehrmann Leyer: „Wir sind nicht nur körperlich und handwerklich geschickt, wir können auch kochen. Das habe ich auf der Feuerwache gelernt.“ Trotz der Gefahr ist der Beruf beliebt. Pro Jahr werden rund 60 Plätze frei, durch Umstrukturierungen ist das heuer nicht der Fall – auf der Warteliste finden sich bereits 250 Menschen.

Vorsicht angesagt

„Wer den Schlauch auslässt, findet nicht mehr raus“, erklärt Brandmeister und Personalvertreter Heinz Altenburger. Der Wasserschlauch ist wie der Ariadnefaden für Theseus (Held in der griechischen Mythologie). Altenburger, gelernter Maler und Anstreicher, ist seit 21 Jahren in der Wiener Berufsfeuerwehr und weiß genau, wovon er spricht. „Ein brennendes Ge-

bäude muss meist in gebückter Haltung, bei extremer Hitze oft auch kriechend betreten werden – Sicht gleich null.“ Bei einem Sturz in die Tiefe rettete ihn einzig sein im Dach verklebtes Atemschutzgerät vor dem Flammenmeer. An die Grenzen ihrer nervlichen Belastbarkeit gehen Feuerwehrmänner bei Taucheinsätzen, Unfällen mit Schnellbahnsurfen und Verkehrsunfällen: „Sie arbeiten neben einer eingeklemmten Person, die vor Schmerz wimmert oder schreit, bis die Spritzen des Rettungsarztes wirken, trotzdem müssen wir 100-prozentig konzentriert unsere Leistung bringen.“ In Wien gehören die Florianijünger zu den Beamten, in den Bundesländern sind sie teilweise Angestellte oder Vertragsbedienstete. Brandmeister Altenburger ist Klischees leid: „Ich weiß nicht, weshalb sich die Leute über die Beamten aufregen. Wenn ich heute auf das Finanzamt gehe, warte ich maximal eine halbe Stunde, nicht wie früher einen halben Tag.“

Action im Kopf

Beamten-Vorurteile schätzen auch die MitarbeiterInnen der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) wenig. In ganz Österreich sind 1.300 MitarbeiterInnen – davon mehr als die Hälfte Frauen – emsig im Einsatz. Ein hoher Anteil der AGES setzt sich aus AkademikerInnen (MedizinerInnen, PharmazeutInnen, BiologInnen und Veterinär-

Innen) zusammen. „Bei uns sind Beamte Angestellte, für die das Vertragsbediensteten-Gesetz noch gilt, und Angestellte nach einem Kollektivvertrag“, erklärt Richard Cejka-Scheidl, der als Betriebsratsvorsitzender der AGES Medizinmarktaufsicht 350 Kolleginnen und Kollegen vertritt. Unter ihre Aufgaben fällt die Zulassung neuer Arzneimittel. Das erfordert genaueste Prüfungen: „Die in unserem Geschäftsfeld arbei-

tenden Kolleginnen und Kollegen haben Dinge oft bis in die feinste Wurzel zu durchleuchten. Das ist Action im Kopf.“ Wichtig ist ein sauberes und korrektes Arbeiten nicht nur im Labor, sondern auch bei der Überprüfung der eingereichten Unterlagen. Fehler hätten dabei weitreichende Konsequenzen. Einfach korrekt, und garantiert nicht faul!

Christian Resei



Kein Einsatz gleicht dem anderen: „Wir lernen täglich dazu und bleiben bis ins höhere Alter sportlich.“

Recht: Einstufungen überprüfen

Von Anfang an richtig eingestuft

Viel Geld geht verloren, wenn man nicht für die Arbeit bezahlt wird, die man macht.

Einkommen. In Österreich gibt es klare Spielregeln für die Bezahlung: Kollektivverträge regeln die Mindestlöhne und Mindestgrundgehälter in fast allen Branchen. Je nach Tätigkeit, Qualifikation und Dauer des Arbeitsverhältnisses gibt es unterschiedliche Einstufungen. Bei der Einstufung kommt es immer wieder zu Fehlern: Vordienstzeiten werden gar nicht oder falsch angerechnet, oder

die Einstufung entspricht nicht der tatsächlichen Tätigkeit. Durch eine falsche Einstufung zu Beginn eines Arbeitsverhältnisses entstehen Verluste, die sich innerhalb weniger Monate und Jahre zu riesigen Beträgen summieren. Dazu ein Beispiel: Eine Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialbereich (BAGS-KV) wird fälschlicherweise in der Verwendungsgruppe (VG) 2 statt in der VG 3



HALT GEBEN.
Das macht einen verlässlichen Partner aus.

eingestuft. Sie verliert aufgrund dessen monatlich 75,40 Euro brutto, in einem Jahr sind das schon über 1.000 Euro brutto. Auch die prozentuale jährliche Gehaltserhöhung wird vom zu niedrigen Gehalt berechnet, dadurch entstehen weitere Verluste.

Frauen benachteiligt

Die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) machte Anfang April im Rahmen einer österreichweiten Aktionswoche unter dem Motto „Richtig eingestuft. Von Anfang an!“ auf das Thema Einstufungen aufmerksam. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IFES bestätigte der GPA-djp, dass rund ein Drittel aller ArbeitnehmerInnen falsch eingestuft ist, Frauen sind besonders betroffen. „Die Einkommensverluste, die durch falsche Einstufungen oder mangelhafte Anrechnung von Vordienstzeiten entstehen, können beträchtlich sein und sind vor allem oft ein ganzes Berufsleben lang nicht mehr aufzuholen“, erklärte GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian.

Zug nicht abfahren lassen

Es gibt mehrere Schrauben, an denen man drehen muss, um dieser Benachteiligung entgegenzuwirken. Die Gewerkschaft GPA-djp fordert unter anderem den Wegfall der Verfallsfrist von Vordienstzeiten. Im Handel beträgt diese Frist beispielsweise ein Jahr – so lange hat der/die ArbeitnehmerIn bei einem Jobwechsel Zeit, auf eine falsche Anrechnung aufmerksam zu machen. „Danach ist die Geltendmachung der Ansprüche nicht mehr möglich, der Zug für arbeitsgerichtliche Klagen ist sozusagen abgefahren“, so Katzian. Und weiter: „Diese Verfallsfristen müssen daher bei falscher Einreihung oder falscher Berücksichtigung von Vordienstzeiten raus aus den Arbeitsverträgen, Betriebsvereinbarungen und Kollektivverträgen!“

187 Jahre Erfahrung geben Ihnen vor allem eines: Sicherheit. Denn die Wiener Städtische ist Ihr stabiler Partner, mit dem Sie zuversichtlich in die Zukunft blicken können – auch und gerade in turbulenten Zeiten. Nähere Infos unter 050 350 350, auf www.wienerstaetdische.at oder bei Ihrem Berater.

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP



Hermann Aigner: Trotz vieler Verbesserungen gibt es immer wieder Probleme, etwa bei der Einstufung in den Kollektivvertrag.

Arbeitskräfteüberlassung: Betriebsräte am Wort

Zeitarbeit im Vormarsch

Von schwarzen Schafen und einem schlechten Image von 75.000 Beschäftigten.

Große Fortschritte. ArbeitnehmerInnen zweiter Klasse. SklavInnen der modernen Zeit! – Zwei sehr extreme, aber immer wieder verwendete Vergleiche, wenn von ZeitarbeiterInnen die Rede ist. Es geht dabei um rund 1.952 Überlasserbetriebe, die am Stichtag 31. Juli 2011 74.783 LeiharbeiterInnen an Beschäftigterbetriebe überlassen haben. Das entspricht 2,3 Prozent aller unselbstständig Erwerbstätigen. Ein Drittel der ZeitarbeiterInnen arbeitet in

der Industrie, ein Drittel im Gewerbe und der Rest in verschiedenen Bereichen, darunter Gesundheitswesen, Tourismus und Banken. Aber was ist dran an den vielen Vorwürfen gegen die große Branche?

Viel hat sich verbessert

Hermann Aigner, Vorsitzender des Konzernbetriebsrates der Miba AG, setzt sich seit 17 Jahren mit dieser Thematik auseinander. Der Autozulieferer mit Sitz in Laakirchen (OÖ) be-

schäftigt an den österreichischen Standorten aktuell rund 1.670 ArbeitnehmerInnen und 270 Leasingkräfte. „In den letzten Jahren hat sich viel verbessert, besonders der Kollektivvertrag für ZeitarbeiterInnen im Jahr 2002 brachte große Fortschritte“, erzählt Aigner von seinen Erfahrungen. Die Zusammenarbeit zwischen der Stammebelegschaft und den ZeitarbeiterInnen beschreibt er als gut. Freiwillige Leistungen des Unternehmens, wie etwa

die Teilnahme an der Weihnachtsfeier und ein Weihnachtspaket, die noch vor Jahren undenkbar für Leasingkräfte waren, bekommen diese mittlerweile. Für die LeiharbeiterInnen mit Migrationshintergrund bietet das Unternehmen Sprachkurse. „Trotz allem gibt es aber immer wieder Probleme mit der Einstufung in den KV, und den ZeitarbeiterInnen stehen keinerlei innerbetriebliche Zulagen zu – etwa Schichtzulagen am Wo-

chenende“, verdeutlicht Aigner, dass es noch viel zu tun gibt. Und dazu zählt auch das Problem bei den Betriebsratsumlagen. „Wir machen bei der Betreuung von Stammebelegschaft und Leasingkräften keinen Unterschied, es sind alle zur Gänze in den betriebsrätlichen Sozialleistungen eingegliedert. Aber die Mehrheit der Leiharbeitsfirmen zahlt die Betriebsratsumlage nicht“, ist Aigner ratlos, wie er diese Schwierigkeit allein bei sieben verschiedenen Leasingfirmen am Standort Vorchdorf organisatorisch bewältigen soll. Auf die Frage, wie man weitere Fortschritte bei der Arbeitskräfteüberlassung erreichen kann, nennt er mehr Betriebsräte in den Leiharbeitsfirmen.

Austria Gütezeichen

Und dem stimmt auch Klaus Mayrhofer, Betriebsratsvorsitzender der TTI Personaldienstleistung GmbH, zu: „Einzelne schwarze Schafe in unserer Branche sorgen für das schlechte Image, aber wenn es in Leasingbetrieben einen eigenen Betriebsrat gibt, dann sorgt der dafür, dass die gesetzlichen Regelungen eingehalten werden.“ In Zukunft wird auch das „Austria Gütezeichen für Arbeitskräfteüberlasser“ korrekte Leiharbeitsfirmen auszeichnen.

Sabrina Kainrad

**MITTEN IM LEBEN
HAT EIN KONTO EINE
FERNBEDIENUNG.**



QR-Code scannen –
App direkt downloaden!

DIE NEUE eBANKING APP

Die Bank zum Mitnehmen.

Mit der neuen eBanking App der BAWAG P.S.K. erledigen Sie Ihre Bankgeschäfte jederzeit bequem und sicher vom Smartphone aus. Einfach kostenlos im Android Market oder im iTunes Store downloaden.

Mitten im Leben.

www.bawagpsk.com



Für Android
und iPhone

**GRATIS
ZU IHRER
KONTOBOX!**

EU-Beschäftigungspaket:

Taten nötig

„Angesichts der Rekordarbeitslosigkeit in der EU ist die neue Beschäftigungsinitiative der Kommission längst überfällig“, so ÖGB-Präsident Erich Foglar zum Beschäftigungspaket. „Die in Aussicht gestellten Vorschläge müssen zügig und mit den notwendigen Mitteln konkret umgesetzt werden. Bloße Ankündigungen reichen nicht mehr aus, wir brauchen Taten“, drängt er zu konkreten Schritten. Für mehr Beschäftigung braucht es einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik.

Fraueneinkommen: Mehr tun

Nur Strafe wirkt

Lohn- und Gehaltsangaben in Stelleninseraten müssen auch bei Ländern Pflicht werden.

Gesetz in Kraft. Seit März 2011 müssen Stellenanzeigen auch Lohn- und Gehaltsangaben enthalten, das regelt das Gleichbehandlungsgesetz. Was allerdings fehlt, sind spürbare Strafen, wenn das nicht befolgt wird. „Offensichtlich halten sich Arbeitgeber nur an Gesetze, wenn sie mit Strafen bedroht werden“, sagt ÖGB-Frauenvorsitzende Brigitte Ruprecht dazu.

Private Großbetriebe halten sich mittlerweile fast lückenlos an die Regelungen des Gleichbehandlungsgesetzes. Öffentliche Bereiche, etwa Universitäten, sind allerdings säumig, weil ihnen keine Konsequenzen drohen. „Und für Länder und Gemeinden gilt die Pflicht zur Stellenausschreibung mit Gehaltsangabe überhaupt nicht – völlig unverständlich“, sagt Ruprecht. Die ÖGB-Frauen

fordern die Ausweitung auf alle Arbeitgeber.

Höhere Strafen

Dass ohne Strafandrohung nichts läuft, zeigt der Vergleich mit dem Vorjahr, als die Lohn-/Gehaltsangabe zwar verpflichtend war, die Nichteinhaltung aber noch keine Bestrafung zur Folge hatte: Ende 2011 entsprachen gerade fünf Prozent der Stelleninserate dem Gesetz.



ÖGB-Frauenvorsitzende
Brigitte Ruprecht

© ÖGB-AC/Chr

Schon im Jänner 2012, als die Strafen in Kraft traten, hielten sich knapp 83 Prozent daran. Um die gültigen Regeln besser durchsetzen zu können, fordert Ruprecht höhere Strafen: „Die derzeitigen 360 Euro Höchststrafe zahlen die Betriebe aus der ‚Portokassa‘. Vor allem, wenn man bedenkt, dass sie sich durch Nichteinhaltung des Gesetzes deutlich höhere Beträge sparen können.“ Damit ÜbeltäterInnen besser verfolgbar sind, müssten auch Gewerkschaften und Arbeiterkammern Verstöße anzeigen dürfen, nicht nur Betroffene sowie die Gleichbehandlungsanwaltschaft.

Studie

Die AK untersuchte von Jänner bis März 2012 Einkommensangaben in Stelleninseraten in vier Tageszeitungen und fünf Onlinebörsen: Insgesamt 86 Prozent von 9.067 Inseraten gaben das Gehalt an. Bei genauerer Betrachtung hielten sich 95,5 Prozent der Großbetriebe, 83,6 Prozent der PersonalvermittlerInnen und 69,8 Prozent der Klein- und Mittelbetriebe an das Gesetz. Nur 32 Prozent der im öffentlichen Bereich und für Universitäten ausgeschriebenen Stellen enthielten eine Information zum Einkommen.

Forderungen

- Alle Unternehmen sollen sich künftig an die gesetzlichen Vorschriften halten.
- Auch in den Ländern muss es die Verpflichtung zur Angabe des Einkommens bei Stellenausschreibungen geben.
- Bisher gilt die Verpflichtung zur Gehaltstransparenz nur für Unternehmen mit KV oder gesetzlichem Gehaltsschema. Die Einkommenstransparenz muss zukünftig auch für Betriebe gelten, die keinem Kollektivvertrag unterliegen.
- Das Gesetz muss auch für freie Dienstverhältnisse gelten.
- Gewerkschaften und AK müssen die Möglichkeit erhalten, Anzeigen zu machen, um eine effektive Vertretung der ArbeitnehmerInneninteressen zu ermöglichen.

Vorsorge und Abfertigung

Auf lange Sicht

sicher und stabil

Krisensicher und stabil. Die Finanz- und Wirtschaftssysteme hielten in letzter Zeit immer wieder negative Überraschung bereit. Damit gewinnt Sicherheit und Stabilität in der Veranlagung an Bedeutung. Arbeiter, Angestellte, freie Dienstnehmer haben Anspruch auf eine unverfallbare Abfertigung! Die VBV – Vorsorgekasse veranlagt und verwaltet Ihre Beiträge seit 2003 nachhaltig, verantwortungsvoll und krisensicher.



Obere Donaustraße 49-53 | 1020 Wien | Tel.: 01 217 01-8500 | Fax: 01 217 01-78260 | E-Mail: info@vorsorgekasse.at



www.vorsorgekasse.at





Mit kürzeren Arbeitszeiten die Gesundheit der ArbeitnehmerInnen und gleichzeitig die Beschäftigung fördern.

© Weidhaas

Arbeitszeit: Neue Modelle notwendig

Gesund länger arbeiten

Erster Schritt zu kürzeren Arbeitszeiten: Überstunden teurer machen.

Stunden reduzieren. 5,5 Millionen Überstunden wurden laut Eurostat im dritten Quartal 2011 in Österreich geleistet – teilweise auch unbezahlt. „Die Entwicklung neuer Arbeitszeitmodelle ist überfällig“, stellt Rainer Wimmer, Vorsitzender der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE), fest. Ziele einer modernen Arbeitszeitgestaltung müssten mehr Mitbestimmung der Betroffenen und generell kürzere Arbeitszeiten sein. „Arbeitszeitverkürzung sichert Lebensqualität und Arbeitsplätze“, sagt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. Außerdem vernichtet die Verkürzung der Arbeitszeit keine Arbeitsplätze, wie in den Angst- und Panikräumen der

Industrie, im Gegenteil: Zehn Prozent weniger arbeiten schafft 90.000 zusätzliche Arbeitsplätze, die Arbeitslosigkeit würde sinken.

Vorteile für alle

„Als Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung könnte man damit beginnen, die Überstunden zu reduzieren, indem man sie für die Arbeitgeber teurer macht. Um einen Euro pro Überstunde, der jeweils zur Hälfte an Arbeitslosen- und Krankenversicherung fließen sollte“, so Achitz. Die Kollektivverträge geben eine Vielzahl an möglichen Modellen her, diese bleiben jedoch nach wie vor ungenutzt. Stattdessen werden die Rufe nach Arbeitszeitflexibili-

sierung immer lauter, aber da werden die Gewerkschaften nicht mitspielen. So wie die Forderung nach Arbeitszeitflexibilisierung kann ÖGB-Präsident Erich Foglar auch das Argument, kürzere Arbeitszeiten wären schädlich für den Standort, nicht nachvollziehen. Das Gegenteil ist doch der Fall: Wenn durch kürzere Arbeitszeiten der Arbeitsdruck wegfällt und die Beschäftigten gesünder und weniger unfallanfällig sind, dann profitieren nicht nur die Menschen, sondern es profitiert zudem der Standort.

Gesundheitsrisiko

Ein klares Bild über die gesundheitlichen Auswirkungen bei unregelmäßigen und langen

Arbeitszeiten lieferte eine IFES-Befragung im Auftrag der PRO-GE. Anhand der Ergebnisse wird deutlich, dass vor allem regelmäßige Nacharbeit und überlange Arbeitszeiten das Krankheitsrisiko zum Teil beträchtlich erhöhen können. „Leistungsdruck und Arbeitsbelastung sind so hoch wie schon lange nicht mehr“, sagt Wimmer. „Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, mit kürzeren Arbeitszeiten die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und gleichzeitig die Beschäftigung zu fördern.“ Auch die geplante Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters wird nur dann gelingen, wenn die Menschen länger gesund bleiben.

Kicken mit Stars:

Camps 2012

Die Starcamps der Gewerkschaft GdG-KMSfB und der Vereinigung der Fußballer finden auch heuer wieder in ganz Österreich statt. Tagescamps von Montag bis Freitag (9.00 bis 17.00 Uhr) werden um 99 Euro angeboten, Nächtigungscamps von Sonntag bis Freitag mit Übernachtung um 149 Euro. Die TeilnehmerInnen erhalten einen Ball und ein T-Shirt von Puma sowie eine Trinkflasche und einen Gutschein von Hervis. Abgerundet wird jedes Starcamp durch den Besuch eines aktuellen Bundesligaspielers.

Weitere Informationen und Anmeldeöglichkeit unter: www.starcamps.at



Arbeitsmarkt:

Kein Ansturm

„Die ÖsterreicherInnen sehen die Auswirkungen der Arbeitsmarktliberalisierung durchaus gelassen“, sagte Paul Schmidt, Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), anlässlich einer ÖGfE-Umfrage. „Eine Mehrheit (58 Prozent) sieht ein Jahr nach der Arbeitsmarktoeffnung keinen starken Zuzug von Arbeitskräften aus unseren Nachbarländern. Nur eine Minderheit sorgt sich um den eigenen Arbeitsplatz. Die Wirksamkeit des Lohndumping-Gesetzes wird positiv beurteilt.“ Laut Sozialministerium sind mit Ende Februar 2012 – gegenüber dem Vorjahr – nur 24.187 ArbeitnehmerInnen zusätzlich aus jenen acht EU-Ländern zu uns gekommen, für die sich der heimische Arbeitsmarkt mit 1. Mai 2011 geöffnet hat. Der stärkste Zuwachs ist auf ArbeitnehmerInnen aus Ungarn zurückzuführen (plus 11.097). Zum Vergleich: Slowakei plus 4.631 und Tschechische Republik plus 1.444.

Im Vorfeld der Arbeitsmarktoeffnung hat sich der ÖGB für ein Lohn- und Sozialdumpinggesetz stark gemacht, das zu niedriger Entlohnung unter Strafe stellt und somit alle ArbeitnehmerInnen schützt. Am 7. Mai wird über die Arbeitsmarktoeffnung im Rahmen einer Veranstaltung Bilanz gezogen. Informationen unter: www.arbeitsmarktoeffnung.at

Buchtipp: Lexikon Sozialstaat

Hier gibt's Hilfe

Jährlich aktualisierter Wegweiser zu den Sozialleistungen.

Ratgeber. „Stellen wir uns einmal vor, wir müssten selbst bezahlen, was der Sozialstaat alles für uns leistet“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar beim Auftakt der Kampagne „Sozialstaat fairbessern“. Foglar kritisierte auch, dass für manche zum Schuldenabbau der Sozialstaat erhalten soll: „Sparen ist sehr modern, aber keiner fragt sich, was hab ich denn dann konkret nicht mehr.“

Wichtige Informationen

Einen guten Überblick über die wichtigsten Sozialleistungen gibt das Lexikon „Sozialleistungen im Überblick. Sozialstaat

Österreich.“ Dieser jährlich aktualisierte Ratgeber bietet einfachen Zugang zu den wichtigsten Informationen über die zentralen Sozialleistungen in Österreich: von der Familienbeihilfe bis zur Alterspension, von der Rechtsgrundlage und Finanzierung der jeweiligen Leistung bis hin zu Anspruchsvoraussetzungen und praktischen Hinweisen zur Antragstellung.

Dass das Lexikon jedes Jahr aktualisiert werden muss zeigt, wie viel im Sozialbereich ständig in Bewegung ist. Das Netz der sozialen Sicherheit ist außerdem höchst komplex. Bei

sehr vielen Fragen können nur mehr Expertinnen und Experten erklären, wie man Zugang zu bestimmten Sozialleistungen bekommt. Das Lexikon bietet eine Orientierungshilfe bei der Inanspruchnahme von Sozialleistungen an, möchte aber auch einen Beitrag zur Rechts- und Sozialpolitik leisten. Denn vor jeder Weiterentwicklung der Sozialgesetzgebung braucht es zunächst eine Standortbestimmung. Das Nachschlagewerk richtet sich daher auch an all jene, die an den unterschiedlichsten Stellen Einfluss auf die Sozialgesetzgebung ausüben.



Herausgeber:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
Preis: 29,90 Euro
ISBN: 978-3-7035-1522-4

Bestellungen an:
E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at
Telefon: 01/405 49 98-132
Fax: 01/405 49 98-136

Mahlzeit: Zwiebel

Wirkt wie Pfefferspray

Einmal nicht als Würzzutat, sondern als wesentliches Geschmackselement: die Küchenzwiebel.

Unersetzlich. Sie ist süß und sorgt für Schärfe, sie macht Saucen sämig und gibt Suppen Farbe. Als Tee aufgegossen, bekämpft sie Erkältungen, auseinandergeschnitten und auf das Ohr aufgelegt, empfehlen sie Medikamentenverächter als Schmerzmittel. Den Arbeitern beim Bau der ägyptischen Pyramiden war sie Lohn und Grundnahrungsmittel, in Indien hängt der Wahlausgang auch heute noch von ihrem Preis ab. In der mitteleuropäischen Küche ist sie unentbehrlich – und trotzdem führt sie ein Schattendasein: Mit der Zwiebel werden Salate und Schmalzbrote gewürzt, sie krönt geröstet das Erdäpfelpüree, sie wird für Suppen und Risottos angeschwitzt und für Gulasch sowie so, aber im Vordergrund darf sie nie stehen.

International

Deshalb ein paar Ideen, wie die unscheinbare Küchenzwiebel ganz pur zur Geltung kommt. Etwa als Salat: rote Zwiebeln in Ringe hobeln, eventuell in kaltes Wasser legen (das nimmt die Schärfe), mit Zitronensaft und Olivenöl marinieren. Dann entscheiden: griechisch mit Oregano und Pimentpulver abschmecken oder türkisch mit



Ohne Zwiebel geht's nicht, und trotzdem führt sie ein Schattendasein.

frischer Petersilie und Sumach würzen. Oder mit Satar, der in Israel und in arabischen Ländern verbreitete Mischung aus geröstetem Sesam, Thymian und anderen Kräutern, die man in Österreich bei orientalischen Geschäften und Marktständen bekommt.

Viele Möglichkeiten

Getränkeempfehlung: Ayran, frisch gemixt aus Joghurt, Wasser, Salz und vielleicht Anis oder

frischen Minzeblättern. Es geht natürlich auch mit Hitze. Kleine Schalotten vorsichtig schälen, sodass die Wurzelansätze heil bleiben, damit die Zwiebeln später nicht auseinanderfallen. Rundherum in Olivenöl anbraten, mit braunem Zucker karamellisieren, mit Balsamico und einem Spritzer Zitronensaft ablöschen, mit einem halben Liter Rotwein aufgießen, mit Zitronenschale würzen und die Schalotten weich kochen,

bis die Sauce schön dickflüssig ist. Passt wunderbar zu Käse. Eine weitere Möglichkeit wäre: mit Weißwein, ein bisschen Honig und Salbeiblättern im Rohr schmoren.

Was hilft gegen Tränen?

Und dann gibt es noch das Zwiebelschneidproblem: Propanthial-S-Oxid. Dieser Stoff wirkt wie Pfefferspray. Um den Tränenfluss zu stoppen, kursieren zahlreiche Tipps und Tricks

(Zwiebel zehn Minuten einfrieren, Mund voll Wasser nehmen, eine Kerze anzünden, ...) und sie sind alle ähnlich wirkungslos. Besser die schleimhautreizende Wirkung einfach hinnehmen – oder wie einst Shakespeare trickreich für seine Zwecke nutzbar machen: „Versteht der Knabe nicht die Frauenkunst, schnell einen Tränenschauer zu gebieten, wird eine Zwiebel ihm behilflich sein ...“

Florian Kräffner



BUCHTIPP

Bill Laws: Zwiebel, Safran, Fingerhut. 50 Pflanzen, die unsere Welt verändert haben. Gerstenberg, 224 S., 25,70 Euro. Zu bestellen in der ÖGB-Fachbuchhandlung: fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Im Kino: Eine andere Geschichte über die EU

„The Brussels Business“

Dokumentarfilm taucht in die Welt des Lobbying ein und beleuchtet dessen immensen Einfluss auf die EU-Politik.

Macht. In Brüssel laufen die großen Geschäfte. Rund 80 Prozent der gesamten Gesetzgebung, die direkten Einfluss auf den Alltag der europäischen Bürgerinnen und Bürger hat, wird in Brüssel initiiert. 2.500 Lobbyorganisationen sind in Europas Hauptstadt angesiedelt und 15.000 LobbyistInnen. Der im März 2012 ins Kino gekommene Doku-Thriller „The Brussels Business“ von Friedrich Moser und Matthieu Lietaert dringt in die Grauzone der europäischen Demokratie vor. Die Autoren und Regisseure nehmen das Publikum mit auf eine Reise in die Welt der LobbyistInnen und ihrer Netzwerke der Macht sowie ihrer engen Verflechtungen mit den politischen Eliten.

Transparenz fehlt!

„Der Film ist kein Aktivistenfilm, der von bösen Konzernen

spricht. Mit dem Film wollen wir die Menschen in diese Welt einführen. Denn ohne Lobbying geht es nicht. Das Problem bei Lobbying ist nur, wenn es heimlich abläuft. Wenn Lobbying öffentlich ist und transparent, wenn jeder weiß, wer dort sitzt und für wen er dort sitzt, dann ist es o.k. Wo ich Bauchweh bekomme, ist, dass die BürgerInnen nicht mitreden können“, erzählt Regisseur Friedrich Moser.

Wer dominiert?

Schätzungen zufolge sind über 95 Prozent der LobbyistInnen in Brüssel der Industrie und Wirtschaft zuzuschreiben, weniger als fünf Prozent vertreten die Interessen der ArbeitnehmerInnen im weitesten Sinne. Das sieht man etwa bei der Verhinderung der Finanzmarktregulierung. Wiederum haben es auch Gewerkschaften



Wer zieht die Fäden in der EU und wie transparent geschieht das?

in den vergangenen Jahren geschafft, einige Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen abzuwehren, zum Beispiel die Arbeitszeit-Richtlinie. „Gewerbliche Lobbyisten und Sozialpartner dürfen nicht gleichgesetzt werden“, sagt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. „Es muss ein Unterschied

gemacht werden zwischen Firmen, die für Geld im Auftrag Dritter Lobbying betreiben, und Institutionen des Sozialen Dialogs, wie der ÖGB eine ist. Lobbyisten vertreten einzelne Unternehmen, sind heute für eine, morgen für eine andere Firma tätig. Hier braucht es verpflichtende Transparenz, die

die Sozialpartner längst haben, denn bei uns weiß jeder, wessen Interessen wir vertreten“, so Achitz weiter.

Mehr über den Film und ein Kinofinder unter: www.thebrusselsbusiness.eu

Amela Muratović

Pubs schließen, Immobilienpreise fallen, die Arbeitslosigkeit steigt und immer mehr Menschen melden Konkurs in Großbritannien an.

Irland: Privatinsolvenzen

Konkurstourismus

Die grüne Insel lockt Firmen, quält aber Schuldnerinnen und Schuldner.

Einst und Jetzt. Als die Nachbarn ausziehen, verkünden sie freudestrahlend: „Wir ziehen nach Irland, da haben wir bessere Jobaussichten und verdienen mehr.“ Das war Anfang der 1990er-Jahre. Die Insel galt als „keltischer Tiger“, in Anlehnung an die wirtschaftlich boomenden Staaten in Ostasien. Mithilfe der EU-Regionalförderung kurbelte die kleine Republik (4,6 Millionen EinwohnerInnen) die Wirtschaft an, viele US-Firmen installierten dort ihre Europa-Niederlassung, etwa die Internet-Riesen Facebook oder Google. Letzterer lenkt von der Hauptstadt Dublin aus sein gesamtes Europa- und Asiengeschäft.

Einfacher beim Nachbarn

Jetzt hat der „keltische Tiger“ ausgebrüllt. Zwar liegt die Unternehmenssteuer nach wie vor

bei nur 12,5 Prozent. Doch es herrscht Rezession: Nicht nur Pubs schließen reihenweise, sondern die Immobilienpreise fallen, die Arbeitslosenquote steigt (14,3 Prozent) – und wer seine Schulden oder Kreditraten nicht mehr zahlen kann, meldet Konkurs in Großbritannien an. Selbiger ist nämlich in der Republik Irland verpönt und mit sehr strengen Auflagen verbunden. Daraus hat sich inzwischen ein „Konkurs-Tourismus“ ins Nachbarland entwickelt. Für ein paar Tausend Euro leistet etwa die britische Firma „Irish Bankruptcy“ Hilfe. Auf ihrer Website gibt sie Ratschläge für KonkurstouristInnen und solche, die es noch werden wollen. Einzige Bedingung ist, dass die SchuldnerInnen ihren Lebensmittelpunkt – vorübergehend – nach Großbritannien verlegen. Dort

gibt es kein Gerichtsverfahren, nach ein paar Monaten kann man wieder ein Unternehmen gründen. Die Kosten für das Prozedere sind vergleichsweise niedrig. In der Republik Irland bedeutet Konkurs ein Gerichtsverfahren, das Jahre dauern kann und mit hohen Kosten verbunden ist; laut Gesetz darf eine bankrotte Person zwölf Jahre lang kein neues Unternehmen gründen oder TeilhaberIn sein.

Insolvenzen steigen

Trotzdem ist die Zahl der insolventen Firmen in Irland (2007–2011) von jährlich 363 auf 1.631 hochgeschwollen, in Österreich lag die Zahl bei durchschnittlich 6.500. Privatkonkurs melden pro Jahr nur circa zwei Dutzend Irinnen und Iren an; in Österreich sind die privaten Insolvenzen im Ver-

gleichszeitraum von 8.616 auf 10.861 gestiegen – in Großbritannien sogar von 120.775 auf 143.871. Das ist mit Abstand die höchste Zahl an Privatkonkursen in Europa.

Unterschiedliche Gesetze

In grenzüberschreitender Kooperation müssen alle EU-Staaten die Insolvenzgesetze untereinander anerkennen. Dass die Konkursbestimmungen für Firmeninhaberinnen und Firmeninhaber sowie Privatpersonen EU-weit noch nicht vereinheitlicht wurden, lag bisher am Widerstand der Länder. Das Insolvenzverfahren zu lockern war bereits eine Forderung der EU und des Internationalen Währungsfonds an Irland im Zuge des Finanzhilfepaketes.

Heike Hausensteiner

Kampagne:

Rating-Regeln

Weltweit dominieren die drei Ratingagenturen Standard & Poor's, Fitch und Moody's mit über 95 Prozent den Markt. Ihre Gewinne stiegen vor der Finanzkrise innerhalb von nur zehn Jahren um mehr als 900 Prozent. Regierungen entscheiden zum Teil nicht mehr nach politischen Kriterien, sondern schielen auf mögliche Urteile der Ratingagenturen. Dabei ist deren Arbeitsweise höchst intransparent. Die Kampagne „Stop Rating Agencies“ informiert über die Fehler im System und die Forderungen nach Regulierung. Darüber hinaus ist Aktionismus gefragt: Man kann den großen drei Ratingagenturen ein Zeugnis ausstellen oder direkt von der Website an die Ratingagenturen senden.

www.stopratingagencies.eu

Zukunftsaussichten:

Weniger Geld

Jahr 2020: Die Arbeitswelt hat sich verändert. Feststellungen gibt es so gut wie keine. Die Betriebe heuern ihre Arbeitskräfte über ein virtuelles Netzwerk an. Was mit der IT-Branche begann, betrifft nahezu alle Berufsgruppen. Ein Heer von FreelancerInnen kämpft mit weltweiter Konkurrenz um Aufträge. Die Folge ist Preisdumping. Ein Science-Fiction-Film über die gigantische Entwertung von Arbeit auf www.verdi.de

Foxconn/Taiwan:

Neuer Trend

Zum zweiten Mal in diesem Jahr sollen die Beschäftigten von Foxconn eine Lohnerhöhung erhalten. „Wir wollen die Löhne erhöhen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens zu steigern, indem wir qualifizierte MitarbeiterInnen an uns binden“, sagte Simon Hsing, Sprecher des Apple-Zulieferers. Das Unternehmen war in der Vergangenheit mehrfach wegen schlechter Arbeitsbedingungen in die Kritik geraten. Nun will Foxconn angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten einen Trend für Lohnerhöhungen in der Branche setzen, so Hsing. Bereits im Februar wurden die Grundgehälter der Beschäftigten um 16 bis 25 Prozent aufgestockt.

Europa: Änderungen notwendig

Im Würgegriff der Troika

Menschen leiden an den Folgen der Krise, neue Initiative gegen die aktuelle EU-Politik gestartet.

Ungerecht. Gewerkschaften europaweit kritisieren schon lange die Art der Krisenbewältigung: Nicht die VerursacherInnen bekommen die Rechnung, sondern die Menschen in Europa zahlen drauf – mit Pensionskürzungen, niedrigen Löhnen, Sozialabbau, steigender Arbeitslosigkeit und Armut. GewerkschafterInnen aus Deutschland haben nun eine Initiative gestartet, die für ein anderes, ein neues Europa eintritt.

Initiative online unterstützen

„So darf es nicht weitergehen“, sagen die InitiatorInnen, u. a. Annelie Buntenbach vom DGB, ver.di-Chef Frank Bsirske oder Hans-Jürgen Urban von der IG Metall. Wie auch der ÖGB kritisieren sie, dass die Staatsdefizite umgedeutet werden,

um „eine desaströse Politik zu legitimieren“. Im Fall Griechenlands bündeln sich die fatalen Folgen dieser Politik, heißt es im Aufruf, den man auch online unterstützen kann.

Menschen verarmen

Griechenlands Wirtschaft wurde in eine Rezession getrieben, große Teile der Gesellschaft verarmen, immer mehr Menschen wenden sich mit Bitterkeit von Europa ab und die Demokratie erstickt im Würgegriff der Troika – der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Währungsfonds. „Wirtschaftspoli-

tisch kontraproduktiv, sozial verantwortungslos und demokratiepolitisch destruktiv“ nennen die UnterzeichnerInnen die aktuelle EU-Politik und verlangen ein neues Europa. Zu ihren Forderungen gehört unter anderem die Besteuerung von Finanztransaktionen, denn die Finanzmarktakteure müssen als Krisenverursacher zur Finanzierung der Krisenlösung wirksam herangezogen werden.

Es gilt außerdem, die Finanzmärkte zu regulieren sowie den Bankensektor neu zu ordnen. Die europäische Geldpolitik muss auch wachstums- und beschäftigungspolitische Ziele bein-

halten. Europa braucht weiters eine Demokratieoffensive, denn als abgehobenes Eliten-Projekt hat die EU keine gute Zukunft.

Lotse statt Treiber

Der Deutschen Regierung kommt auf dem Weg zu einem neuen Europa eine besondere Bedeutung zu, sagen die GewerkschafterInnen, aber auch viele SozialwissenschaftlerInnen, die den Aufruf unterstützen. „Als wirtschaftlich und politisch stärkster Mitgliedsstaat trägt Deutschland eine besondere Verantwortung. Wir fordern eine deutsche Politik, die nicht als Treiber der destruktiven Krisenpolitik, sondern als Lotse des überfälligen Pfadwechsels agiert.“ Initiative unterstützen unter: www.europa-neu-begrunden.de



Farbe bekennen

In den ersten Interviews nach seiner Wahl bekannte sich der neue Präsident Deutschlands, Joachim Gauck, zum Sozialstaat. Es dürfe nicht sein wie in den USA, wo es keinen Sozialstaat gebe, sagte er. „Soziale Gerechtigkeit gehört dazu, und ich möchte nicht, dass der Sozialstaat beschädigt wird.“ KritikerInnen hatten Gauck vorgeworfen, das Thema soziale Gerechtigkeit zu vernachlässigen.



Unsinn Wirtschaft

Geht es nach dem ÖVP-Wirtschaftsbund, sollen Unternehmen künftig den ersten Krankenstandstag ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mehr bezahlen. Gleichzeitig fordert dieser aber Krankengeld für Selbstständige. „Das ist politisch unverfroren“, sagt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. Der Vorschlag sei außerdem wirtschaftlicher Unsinn: Wer sich nicht rasch auskuriert, riskiert einen Langzeitkrankenstand.



Illustration: Markus Szykowitz

Gastkommentar: Christian Meidlinger, Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Kunst, Medien, Sport, freie Berufe

Kurswechsel nötig

Keine guten Erfahrungen mit Privatisierungen gemacht, nun gilt es, die Liberalisierung der Wasserwirtschaft zu verhindern.

Die öffentlichen Dienste und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in fast allen europäischen Ländern die Zielscheibe für Sparmaßnahmen, mit direkten negativen Folgen für die Bürgerinnen und Bürger, für die Daseinsvorsorge, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Starker Staat gegen die Krise

Kaputtsparen ist kein Weg aus der Krise. Ein gutes Sozialsystem mit Arbeitslosenversicherung, Gesundheitssystem und sicheren Pensionen in Krisenzeiten ist das Rückgrat eines Staates. Durch Kürzungen bei Löhnen, Pensionen, Sozialleistungen und öffentlichen Diensten versuchen die Mitgliedsstaaten der EU ihre Budgets zu sanieren. Dabei stünde Budgetkonsolidierung nicht im Widerspruch zu Erhaltung und Ausbau kommunaler Dienstleistungen. Eine verteilungsgerechtere Finanzierung der Staatsaufgaben würde beides ermöglichen. Ein starker Staat ist die Voraussetzung zur Bewältigung der

Wirtschaftskrise. Der öffentliche Dienst muss in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber, Investor und Garant für sozialen Ausgleich gerade in schwierigen Zeiten handlungsfähig bleiben. Stattdessen versuchen einige immer wieder, die Krise ganz in ihrem Sinne als Chance zu nutzen – und sie zur Durchsetzung ihrer politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen zu missbrauchen. Ein europäisches Wettbewerbsmodell der niedrigsten Löhne und Sozialstandards käme neoliberalen Kräften trotz aller negativen Erfahrungen der Vergangenheit noch immer gelegen.

Pakt mit Mängeln

In Österreich sind die Maßnahmen zum sogenannten Stabilitätspakt verabschiedet. Hätte der ÖGB das Paket geschnürt, würde es in wesentlichen Punkten anders aussehen. So erfreulich es ist, dass unter anderem Privatisierungen verhindert wurden, sich die VerfechterInnen eines höheren gesetzlichen Pensionsantritts-

alters nicht durchsetzen konnten und endlich auch Reichere zur Kasse gebeten werden, so unerfreulich ist die Tatsache, dass eine echte Vermögenssteuer nicht umgesetzt wurde. Falls es zu Steuerausfällen auf der Einnahmenseite kommen sollte, ist sicherzustellen, dass diese durch andere „Reichensteuern“ ausgeglichen werden.

Gemeinden ausgehungert

Gemeinsam mit der „Allianz Wege aus der Krise“ hat die Gewerkschaft GdG-KMSfB eine Resolution verfasst, die BürgermeisterInnen und Gemeinden unterstützen soll, und die die ausreichende Finanzierung der kommunalen Aufgaben fordert. Wir brauchen einen Kurswechsel: mehr Gerechtigkeit, Wachstum und Beschäftigung. In diesem Zusammenhang ist auch die vom Europäischen Gewerkschaftsverband für Öffentliche Dienste (EGÖD) initiierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Wasser und sanitäre Grundversorgung sind Menschenrechte“ begrüßenswert. Denn zum wiederholten Male

versucht die EU-Kommission, neuerdings über den Entwurf zu Dienstleistungskonzessionen, die kommunale Wasserwirtschaft durch die Hintertür zu liberalisieren. Ein Jahr hat die Bürgerinitiative nun Zeit, eine Million Unterschriften zu sammeln. Wir unterstützen diese Initiative voll und ganz.

Notwendige Maßnahmen

Zur Senkung der Schulden wird immer wieder die Privatisierung von kommunalen Einrichtungen ins Spiel gebracht. Was wir davon halten, ist bekannt, und wir haben genug negative Erfahrungen mit den Privatisierungen der letzten Jahre gemacht. BUWOG, Austria Tabak, Telekom: ein Debakel nach dem anderen, und diese Liste ließe sich fortsetzen.

Fehlentwicklungen

Arbeitsplätze und Volksvermögen wurden mutwillig vernichtet – und wo ist das Geld geblieben? Statt derartiger Fehlentwicklungen lassen sich die notwendigen Maßnahmen



© Archiv GdG-KMSfB

klar zusammenfassen: der Ausbau vermögensbezogener Steuern, die Abschaffung von Steuerprivilegien für Kapitaleinkommen und Kapitalgesellschaften, die Einführung EU-weiter Mindestsätze und Messungsgrundlagen für Körperschaftssteuern, die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer – sowie Ökosteuern, die der Umwelt dienen. Dafür werden wir uns mit aller Kraft einsetzen.